

? VorNr ?
? AK ?
? Datum ?

Antrag

der Abgeordneten Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dr. Max Stadler, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Ulrike Flach, Otto Fricke, Paul Friedhoff, Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Hausteil, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Dr. Heinrich Kolb, Hellmut Königshaus, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Michael Link, Dr. Erwin Lotter, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhard Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Frank Schäffler, Dr. Konrad Schily, Marina Schuster, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Vorschlag für einen Rahmenbeschluss des Rates zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornografie und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2004/68/JI des Rates, KOM(2009)135 endgültig

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Am 25. März 2009 hat die Europäische Kommission einen Vorschlag für einen Rahmenbeschluss des Rates zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornografie und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2004/68/JI des Rates (KOM(2009)135 endgültig) vorgelegt.
Eine gesicherte Datenbasis, ob sich die Strafrechtsvorschriften des aufzuhebenden Rahmenbeschlusses in den Mitgliedstaaten bewährt haben, liegt noch nicht vor.
Gestützt werden soll der Rahmenbeschluss auf Artikel 31 Absatz 1 lit. e des Vertrages über die Europäische Union, nach dem das gemeinsame Vorgehen im Bereich der justiziel- len Zusammenarbeit in Strafsachen die schrittweise Annahme von Maßnahmen zur Fest- legung von Mindestvorschriften über die Tatbestandsmerkmale strafbarer Handlungen und

die Strafen in den Bereichen organisierte Kriminalität, Terrorismus und illegaler Drogenhandel einschließt.

2. Bereits am 25. Oktober 2007 hat der Europarat ein Übereinkommen zum Schutz von Kindern gegen sexuelle Ausbeutung und sexuellen Missbrauch (CETS No. 201) zur Zeichnung aufgelegt. Die Bundesregierung hat die Absicht, die erforderlichen Schritte zur Ratifizierung dieses Übereinkommens zu unternehmen und dem Deutschen Bundestag einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen (Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion, BT-Drs. 16/13271).

Damit stellt sich erneut die Frage, ob und gegebenenfalls wie Doppelarbeit des Europarats und der Europäischen Union vermieden werden soll. Der Deutsche Bundestag hatte sich mit dieser Frage schon anlässlich der Beratung des Vorschlags für einen Rahmenbeschluss des Rates zur Änderung des Rahmenbeschlusses 2002/475/JI zur Terrorismusbekämpfung (KOM(2007)650 endgültig) beschäftigt. Er gelangte dabei zu dem Ergebnis, dass der Vorschlag wegen des Vorliegens des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung des Terrorismus (CETS No. 196) Bedenken hinsichtlich der Einhaltung des gemeinschaftsrechtlichen Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ausgesetzt sei (Plenarprotokoll 16/136, S. 14386 C i.V.m. BT-Drs. 16/7769, insbesondere S. 5).

3. Auch der deutsche Gesetzgeber hat sich wiederholt mit der Frage befasst, wie sexuellem Missbrauch an Kindern wirkungsvoll vorgebeugt werden kann. Sexueller Missbrauch von Kindern und Jugendlichen ist ein Problem, das Politik und Gesellschaft gleichermaßen herausfordert. Jeder Missbrauch ist ein Verbrechen an der Seele der minderjährigen Opfer. Deswegen wurden Maßnahmen strafrechtlicher Art u.a. durch das 29. Strafrechtsänderungsgesetz vom 31. Mai 1994 (BGBl. I S. 1168 f.) und das 6. Strafrechtsreformgesetz vom 26. Januar 1998 (BGBl. I S. 164 ff.) erlassen mit dem Ziel einer Strafrahmenharmonisierung und der Herstellung einer sachgerechten Balance zwischen selbstbestimmter Sexualität und dem Schutz junger Menschen vor sexuellem Missbrauch. Weitere Maßnahmen strafrechtlicher Art folgten durch das Gesetz zur Änderung der Vorschriften über die Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung und zur Änderung anderer Vorschriften vom 21. Dezember 2003 (BGBl. I S. 3007 ff.) und das Gesetz zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses des Rates der Europäischen Union zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern und der Kinderpornographie vom 31. Oktober 2008 (BGBl. I S. 2149 ff.).

4. Bei der Beratung des Vorschlages wurden in der zuständigen Ratsarbeitsgruppe von acht Mitgliedstaaten Parlamentsvorbehalte geltend gemacht. Weitere Delegationen haben allgemeine Prüfungsvorbehalte eingelegt und das Bedürfnis nach eingehenderer Prüfung

geäußert (Ratsdok. 9892/09). So sieht die Bundesregierung u.a. Klarstellungsbedarf hinsichtlich der Sanktionen für juristische Personen. Insoweit bedürfe die deutsche Sprachfassung noch einer Anpassung an die Formulierungen in früheren Rahmenbeschlüssen. Weiterer Anpassungsbedarf der deutschen Sprachfassung an die englische ergebe sich daraus, dass letztere keine Verpflichtung der Mitgliedstaaten enthalte sicherzustellen, dass jeder einen begründeten Verdacht des Kindesmissbrauchs melde. Klarstellungsbedarf bestehe zudem hinsichtlich der Bestimmung zur Straffreiheit der Opfer. Diese komme nach Auffassung der Bundesregierung nur in Betracht, soweit es sich um die ohnehin straflose notwendige Teilnahme an den Straftaten handele, deren Opfer sie wurden. Konkretisierungsbedarf bestehe schließlich hinsichtlich der Verpflichtung zur Risikoabschätzung (Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion, BT-Drs. 16/13271).

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung gemäß Artikel 23 Absatz 3 Satz 1 des Grundgesetzes auf,

1. bei den weiteren Verhandlungen darauf hinzuwirken,

a. dass sich der Rahmenbeschluss im Rahmen der Kompetenzen des Art. 31 Absatz 1 lit. e EUV hält, sexueller Missbrauch gegenüber Kindern durch die Europäische Union demnach nur insoweit geregelt wird, als er Verbindungen zur Organisierten Kriminalität aufweist, und ansonsten der Regelungskompetenz der Mitgliedstaaten überlassen bleibt;

b. dass der Rahmenbeschluss dem Grundsatz der Subsidiarität gerecht wird. Das bedeutet zum einen, dass den Mitgliedstaaten nicht – wie mit Art. 2 Abs. 1 lit. a des Vorschlages – durch die Europäische Union vorgeschrieben wird, Verstöße gegen ihr jeweiliges nationales Recht unter Strafe zu stellen. Zum anderen soll der Rahmenbeschluss zur Wahrung der Kohärenz der nationalen Strafrechtssysteme die Bestimmung von Art und Maß der Sanktionen den Mitgliedstaaten überlassen und so insbesondere sicherstellen, dass Teilnahme und Versuch weiter milder als Täterschaft bzw. Vollendung bestraft werden können;

c. dass die Vorschriften des Rahmenbeschlusses in einer Weise ausgestaltet werden, dass die von dem deutschen Gesetzgeber in den vergangenen Jahren vorgenommene Harmonisierung im Sexualstrafrecht in Bezug auf strafbares Verhalten und Sanktionen,

insbesondere hinsichtlich der Differenzierungen bei den Altersgrenzen für Täter und Opfer beibehalten werden kann;

d. dass die im bisherigen Recht (Art. 3 Abs. 2 des Rahmenbeschlusses 2004/68/JI) enthaltene Möglichkeit für die Mitgliedstaaten, bestimmte Handlungen von der Strafbarkeit auszunehmen, erhalten bleibt und

e. dass die hoch umstrittenen Fragen, ob verdeckte Ermittlungsmaßnahmen eingesetzt und Internetseiten gesperrt werden können, nicht durch Rahmenbeschluss der Europäischen Union, sondern durch die Parlamente der Mitgliedstaaten entschieden werden sowie

2. sicherzustellen, dass die oben unter I.4. genannten Klarstellungen vorgenommen werden;
3. dem Rahmenbeschluss auf keinen Fall zuzustimmen, bevor nicht der am 27. September 2009 neu gewählte Bundestag Gelegenheit zu einer erneuten Prüfung des Textes erhalten hat, und
4. letztlich aus Gründen der Verhältnismäßigkeit von einer Regelung durch einen Rahmenbeschluss der Europäischen Union zusätzlich zur Regelung durch den Europarat abzusehen.

Berlin, den 1. Juli 2009

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion